

Bildung & Schule:

1. Kinder und Jugendliche mussten in den letzten Monaten während der Bewältigung der Pandemie am meisten zurückstecken. Die Funktion von Schule zur Stärkung sozialer Kompetenzen wurde ausgeknockt. Ab dem neuen Schuljahr werden pandemiebedingte Nachteile über das bayerische Förderprogramm „gemeinsam.Brücken.bauen“ ausgeglichen. Dieses stellt die beiden Säulen „Gemeinschaft erleben“ (Erleben des sozialen Raums) & „Potentiale erschließen“ (gezielte Lernförderung) auf eine Ebene und soll so garantieren, dass junge Menschen nicht nur als „Schüler“ und „Lehempfänger“, sondern insbesondere als Teilnehmer am gesellschaftlichen Leben in ihrer Entwicklungsphase wertgeschätzt und gefördert werden. Es wird also extra Zeit geschaffen für Bewegung, Kunst, Kultur und andere Bereiche. Dieser Ansatz muss auch weiter ausgebaut werden.
2. Mein Ziel ist, dass Jugendarbeit wieder ohne staatlich bedingte Einschränkungen möglich ist und ich schenke großes Vertrauen in das Verantwortungsbewusstsein der Betreuer, die sicherlich vernünftige Lösungen bei der Durchführung von Jugendarbeit finden. Die Impfung von Kindern ist sehr umstritten. Wir möchten hier nichts überstürzen und unbedingt den Eltern und Kindern die Entscheidung überlassen. Ein nicht-geimpftes Kind/ Jugendlicher darf keine Nachteile bzgl. der Teilnahme am öffentlichen Leben haben. Die Freien Wähler fordern den „Freedom-Day“ ab 11.10.2021, sofern die Anzahl der Menschen, die sich wegen einer Corona-Erkrankung im Krankenhaus befinden, nicht überdimensional steigt. Dann muss auch Kinder- und Jugendarbeit wieder uneingeschränkt möglich sein.
3. Unsere Kita- und Schulsysteme müssen jungen Menschen den Raum geben, ihre persönlichen Fertigkeiten, Interessen und Stärken auszubilden und sich optimal auf das Berufsleben vorzubereiten. Das Konzept der „Berufseinstiegsbegleiter“ z.B. hat sich in den Schulen bewährt und muss unbedingt erhalten werden. Glücklicherweise konnte nach Auslauf der Förderung von EU-Ebene für das nächste Schuljahr eine Kofinanzierung über die Kultus-/Finanz- und Sozial-Ministerien in Bayern umgesetzt werden. Das Konzept muss nun auch garantiert ein fester Bestandteil im Schulsystem werden – hierfür wären auch Bundesmittel angebracht. Analog zu diesem Angebot, das sich explizit an Schüler, die vor dem Schritt in das Berufsleben stehen richtet, sollten auch Schüler bereits im Kita- und im Grundschulalter besser durch gezielte Sozialarbeit an die Hand genommen werden.

Auch die Investition in gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land ist wichtig, um zu garantieren, dass junge Menschen überall faire Chancen erhalten. Neben der Tatsache, dass akademische und berufliche Bildung Gleichwertigkeit erfahren müssen, müssen akademische Weiterbildungsangebote auch auf dem ländlichen Raum verstärkt angeboten werden (z.B. durch dezentrale Ansiedlung von Studiengängen).

4. Seit dem Einzug der Freien Wähler in den bayerischen Landtag 2008 forderten diese die Einführung des Faches „Alltagskompetenzen“. Ab dem Schuljahr 2021/2022 wird nun endlich – als Kompromiss in etwas komprimierterer Form – die Projektwoche „Schule fürs Leben: Alltagskompetenz und Lebensökonomie“ eingeführt. Der Fokus liegt dabei auf der Vermittlung von Praxisbezug und Lebenswirklichkeit. Das Konzept ist zu beobachten und sollte weiter ausgebaut und verfeinert werden. Auch die Einführung eines „Gesellschaftsjahres für Alle“ als Weiterentwicklung des sozialen Jahres halten wir für ein wichtiges Instrument, um mehr Alltagskompetenzen an junge Menschen zu vermitteln. Dabei soll sich Dienst für die Gemeinschaft auch lohnen. Deshalb ist es unser Anspruch, mit Verbänden und Experten gemeinsam ein Konzept zu erarbeiten, welches die vereinzelt Nachteile eines solchen Gesellschaftsjahres bedenkt und Ausgleiche dafür anbietet. (wie z.B. Anrechnung auf die Rente und die Studienzulassung)

Klima:

1. Die Konzepte und Technologien, welche uns zur Bewältigung der Klimakrise zur Verfügung stehen, entstammen zu großen Teilen Innovationserregenschaften aus der Wirtschaft. Es muss mehr Anreize geben, umweltfreundlich zu wirtschaften, als Verbote. Schauen wir uns die kleinen und mittelständischen Betriebe an, welche insbesondere auch unseren ländlichen Raum prägen, so erkennt man deutlich einen Trend zu nachhaltiger Produktion. Die großen Energiesünder sind die Großindustrie und Konzerne, welche anonym sind und in Masse dem Klima schaden. Kleine und mittlere Unternehmen dürfen darunter nicht leiden und noch weiter in ihrer Tätigkeit eingeschränkt werden. Wir möchten daher Ökologie, Wirtschaft und Soziales in den Einklang bringen statt gegeneinander auszuspielen.
2. Es ist dringend notwendig, die Energiewende dezentral zu organisieren. Dafür müssen Kommunen und ortsansässige Unternehmen gestärkt und fit gemacht werden. Wir dürfen die Energiewende nicht den Stromkonzernen überlassen.
3. Es ist wichtig, hier auf die Einschätzungen der örtlichen Feuerwehren, des THWs und der Kommunen zu hören. Diese verdeutlichten in den letzten Wochen und Monaten, dass die Investition in die Ausstattung der Hilfsfamilie keine Grundlage für Grundsatzdebatten sein darf, sondern eine Selbstverständlichkeit werden muss. Es gibt einige Ortschaften, die sich nun sicher (erneut) insbesondere mit dem Thema „Hochwasserschutz entlang des Mains und zufließender Gewässer“ befassen müssen. Solche Überlegungen wurden in der Vergangenheit häufig als übertriebene, unnötige Investitionen abgetan. Kommunen brauchen zur Orientierung eine sinnvolle Handreichung gem. der spezifischen Gegebenheiten vor Ort.
4. Konkrete Maßnahmen für den Klimaschutz sind
 - der gezielte Ausbau grüner Antriebstechnologien – wie z.B. die Investition in die Entwicklung von grünem Wasserstoff. Wir müssen eine Technologieoffenheit bzgl. Diesel, Wasserstoff, Elektromobilität, E-Fuels usw. anstreben und wegkommen von dem einseitigen Setzen auf lediglich eine Variante. Genauso dürfen wir auch die Mittel der Fortbewegung, wie Auto, Zug, Bus, Bahn, Fahrrad, zu Fuß, Roller usw. nicht gegeneinander ausspielen, sondern anstreben, entsprechend der jeweiligen Gegebenheiten vor Ort einen sinnvollen Mix anzubieten.
 - Die dezentrale Energiewende, z.B. auch durch Bürgerprojekte (wie Genossenschaften)
 - Die gezielte Unterstützung regional produzierter Produkte, z.B. auch durch eine CO₂-Kennzeichnung, um kurze Wege hervorzuheben
 - Wald und Grünflächen müssen gezielt bewirtschaftet, gepflegt und geschützt werden
 - Und vieles mehr! Wichtig, auch für die allgemeine Akzeptanz, ist und bleibt es, alle mitzunehmen, niemanden gegeneinander auszuspielen und mehr Anreize zu schaffen.
5. Wir Freien Wähler wehren uns grundsätzlich gegen pauschale und generelle Verbote oder Limits. Gleichzeitig muss es besser unterstützt werden, zur Sicherheit und dem Schutz der Anwohner zweckgebundene Tempolimits umzusetzen. Die Gesetzeslage zur Möglichkeit der Einführung von Tempo-30-Zonen muss angepasst werden, sodass es den kommunalen Entscheidern leichter gemacht wird, fallbezogene Entscheidungen umzusetzen.
6. Die Freien Wähler gab es lange nur als kommunale Gruppierungen vor Ort. Seit 2008 sind sie im bayer. Landtag und setzen sich seither für die Förderung von regenerativen Energien ein, seit 2018 in Regierungsbeteiligung. 2020 z.B. erhöhte das Wirtschaftsministerium die Höchstgrenze für Photovoltaik-Freiflächenanlagen auf Ackerflächen in benachteiligten Gebieten von 70 auf 200/Jahr. 2019 wurde ein PV-Speicherprogramm ins Leben gerufen, mit dem bis heute bereits 50.000 neue Anlagen auf selbstgenutzten Ein- und Zweifamilienhäusern in Bayern gefördert wurden. Ebenfalls konnten wir die bayerische Wasserstoffstrategie ins Leben rufen, um keine weiteren Jahrzehnte mehr zu verschwenden. Immer mit dem Ziel, möglichst schnell CO₂-neutrale Antriebsstoffe in die Anwendung zu bringen.

Generationengerechtigkeit:

1. Das würdevolle Leben im Alter muss allen Menschen ermöglicht werden. Die Doppelverbeitragung bei Betriebsrenten muss enden. Wir möchten außerdem als vierte Säule der Rentenversicherung die Investition in das Eigenheim fördern und nicht nur den Besserverdienern ermöglichen. Der persönliche Beitrag zur Vorsorge muss vom Staat honoriert werden und auch die Elternzeit voll auf die Rente angerechnet werden. Wir wollen außerdem das Rentenniveau durch die sog. Automatisierungsgutschrift stabilisieren. Hierbei soll bei börsennotierten Aktiengesellschaften ein Anteil ihrer ausgezahlten Dividenden automatisch an die Deutsche Rentenversicherung abfließen und gleichmäßig auf alle Rentenkonto verteilt werden.
2. Sollte ich ein Bundestagsmandat erhalten, würde ich mich u.a. dafür stark machen, dass das Bundesprogramm „Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur“ insofern erhalten und ausgebaut wird, als dass es zur Schließung pandemiebedingter Lücken beitragen kann. Die Vergabe der Zuschüsse muss noch objektiver sein und Kommunen muss es einfacher gemacht werden, in die Attraktivität öffentlicher Plätze für junge Menschen zu investieren. Ferner würde ich mich dafür einsetzen, dass in unserer ländlichen Region vielfältigere (Aus-)Bildungsmöglichkeiten entstehen. Mit meinen Ansprechpartnern im Landtag werde ich weiterhin für die Stärkung der Jugendarbeit einsetzen und dazu insbesondere in den Austausch mit denen treten, die wissen, wovon sie sprechen (Verbände, Einrichtungen usw.). Des Weiteren ist es mir ein großes Anliegen, die Ehrenamtsstrukturen zu unterstützen, denn Vereine leisten nicht zu ersetzende Arbeit durch vielfältige Angebote für junge Menschen, insbesondere mit dem Ziel, diese aus der Einbahnstraße der sozialen Medien in die Freuden der echten Welt zu holen. Auf Kreisebene sollte ein ausgewogenes Angebot für junge Menschen entstehen, welches mit den Großstädten mithalten kann. Dazu muss neben vielfältigen Möglichkeiten zur Freizeitbeschäftigung auch mit Nachdruck an besseren Verbindungen und attraktiveren Preisen im ÖPNV gearbeitet werden.

Deutschland/ Europa/ die Welt:

1. Die Debatte rund um das mögliche Biosphärenreservat Spessart sollte Fahrt aufnehmen. Es bringt viele Anreize mit sich, um regionale Wertschöpfung gezielt ausbauen zu können. Arbeitsplätze müssen hier in der Region bleiben und auch neue entstehen, somit müssen unsere Landkreise auch attraktiv für Unternehmer bleiben.
2. Die allgemeine Erklärung der Menschenrechte ist unser gemeinsamer Wertekanon
3. Indem ich mich dafür stark mache, dass die im Grundgesetz festgehaltenen Grundrechte durch politische Entscheidungen niemals angegriffen werden. Ferner ist meine tägliche Teilnahme am politischen Leben mein ganz persönlicher Beitrag, um die Demokratie und somit die Akzeptanz unseres Grundgesetzes auch aktiv zu schützen und dies zu leben.

Familie und Soziales:

1. Gleiche Bildung für alle muss gewährleistet sein. In unserer Gesellschaft muss jeder die gleichen Chancen bekommen, somit darf die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und an der Bildung nicht vom Geldbeutel des Elternhauses abhängen. Menschen, die von sozialer Ungerechtigkeit betroffen sind oder auf Unterstützung angewiesen sind, muss durch flächendeckende, Sozialarbeit in allen Lebenslagen geholfen werden. Dafür müssen weiterhin Vorurteile abgebaut werden und Angebote noch niedrighschwelliger erreichbar werden. Schon von Kindesbeinen an muss unsere Gesellschaft lernen, dass kein Mensch falsch oder weniger wert ist und dass es auch ganz normal ist, im Leben auf Hilfe von außen angewiesen zu sein.
2. Klares NEIN. Mit uns wird es aus Respekt vor jahrzehntelanger, ehrlicher Arbeit und damit auch dem Einsatz für unsere Gesellschaft keine Anhebung des Renteneintrittsalters geben.

Unter Punkt 1 in der Rubrik „Generationengerechtigkeit“ habe ich unsere Vorschläge für die Finanzierung der Rente aufgeführt.

3. Unsere Gesellschaft darf nicht weiter in der Abwärtsspirale der Anonymität verharren. Das gesellschaftliche Leben und die Gemeinschaft vor Ort, gerade auch in Vereinen, muss weiter unterstützt und aufrecht erhalten werden. Wenn man von klein auf lernt, wie wertvoll es ist, mit anderen gemeinsam etwas auf die Beine zu stellen und in fröhlicher Umgebung Zugehörigkeit zu erfahren, lernt man auch selbst, Vorurteile abzubauen. Insbesondere gemeinschaftliche Integrationsprojekte sind personell und finanziell stärker zu unterstützen. Rührende Beispiele dafür gibt es ausreichend – es muss bloß flächendeckend ermöglicht werden. Gegen Spaltung, egal welcher Natur, hilft: Kommunikation, Kommunikation, Kommunikation sowie Transparenz, Aufklärung, und objektives Herangehen durch die Entscheidungsträger.
4. Ausschließen würde ich das nicht, es sind auch viele gesamtgesellschaftliche Trends zu beobachten, wie Minimalismus, Veganismus etc. Man sollte postkapitalistische Wege politisch nicht erzwingen, denn nur wenn Entwicklungen auf freiwilliger Basis erfolgen, können sie sich am besten und natürlichsten entwickeln. Eine Auferlegung durch die Politik würde zu Protest, Ablehnung und im schlimmsten Falle noch bewusstere Abkehr führen. Konsum ist sicherlich an vielen Stellen in den letzten Jahrzehnten auf unnatürliche und überproportionale Weise angestiegen, muss aber auch nicht immer schlecht sein! Das muss man schon genau und konkret betrachten. Konsum führt auch zur Entwicklung von besseren, nachhaltigen Produkten. Hier setze ich also auch auf die Macht der Verbraucher. Man muss sich z.B. nur mal anschauen, wie schnell in den letzten Jahren aufgrund von steigender Nachfrage das Angebot an veganen Produkten oder an wiederverwertbaren Verpackungen gewachsen ist.
5. Der Ansatz des bedingungslosen Grundeinkommens hat seine Berechtigungen und ich halte es definitiv für falsch, ihn zu diesem Zeitpunkt kategorisch abzulehnen. Unsere Gesellschaft befindet sich kontinuierlich im Wandel. Viele Arbeitsplätze werden wohl auch in Zukunft durch Automatisierung und technischen Fortschritt ersetzt werden können. Die monatlichen Beträge, die aktuell für ein bedingungsloses Grundeinkommen im Gespräch sind, werden aus meiner Sicht heraus auch nicht dazu führen, dass niemand mehr arbeiten gehen will. Die Natur des Menschen erfordert es grundsätzlich erst einmal, Beschäftigungen nachzugehen, um einen Sinn im Leben zu erkennen. Der Weg dahin, die richtige Beschäftigung zu finden, muss mit oder ohne bedingungslosem Grundeinkommen unterstützt werden. Der Anreiz, trotzdem mehr zu verdienen, wäre immer noch da. Die Politik sollte sich diesen Ansatz offenhalten. Bei Einführung wäre aber einiges zu beachten und die Maßnahme reiht sich in einen ganzen Katalog an notwendigen Schritten ein, die unserer Gesellschaft für ein gerechteres Miteinander bevorstehen.